

# **1. Bremerhavener Integrationskonzept**

## **1. Umsetzungsphase**

### **Sachstand und weiteres Vorgehen**

**Juli 2014**

# **Inhalt**

## **1. Vorbemerkung**

## **2. Die Handlungsfelder des Integrationskonzeptes**

**2.1 Handlungsfeld 1: Frühe Förderung und Elternarbeit**

**2.2 Handlungsfeld 2: Schulabschlüsse**

**2.3 Handlungsfeld 3: Berufsabschlüsse**

**2.4 Handlungsfeld 4: Wirtschaft und Beschäftigung**

**2.5 Handlungsfeld 5: Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes**

**2.6 Handlungsfeld 6: Teilhabe / Partizipation und Bewusstseinsbildung**

**2.7 Tätigkeiten des Sozialamtes im Rahmen der Integrationsarbeit  
(2013/2014)**

## **3. Wie geht es weiter?**

## **Anhang**

## 1. Vorbemerkung

Integration ist in Bremerhaven ein Thema, das schon seit vielen Jahren in seinen unterschiedlichen Facetten wahrgenommen und bearbeitet wird. Das breite Spektrum der Aktivitäten, die in Migrantenorganisationen, Interessengruppen, Vereinen und Initiativen, Wohlfahrtsverbänden und ganz konkret in den Nacharschaftern vor Ort stattfinden, ist kaum überschaubar. Gleichzeitig leisten sie alle – auf ihre Weise – große und kleine wertvolle Beiträge dazu, Integration voranzubringen und ein gedeihliches Miteinander der Menschen in der Stadt zu fördern.

Das 1. Bremerhavener Integrationskonzept stellt inmitten dieser Vielfalt lediglich einen kleinen Ausschnitt der Integrationsbemühungen in der Stadt insgesamt dar.

Es legt in seinen unterschiedlichen Handlungsfeldern einen deutlichen Schwerpunkt auf den Bereich Bildung – denn Bildung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für gleiche Lebenschancen.

Das Konzept wurde unter breiter Beteiligung engagierter Menschen in Bremerhaven in den Jahren 2011 / 2012 erarbeitet und im April 2013 politisch verabschiedet.

Nun sind die beteiligten Ämter und andere Bereiche des öffentlichen Dienstes in der Verantwortung, die im Rahmen der Handlungsfelder festgelegten strategischen Ziele „vom Kopf auf die Füße zu stellen“ und durch geeignete Maßnahmen Schritt für Schritt umzusetzen.

Die Umsetzungsaktivitäten sollen von der Koordinationsstelle im Sozialamt gebündelt, aufeinander bezogen und nach außen kommuniziert werden. Dies war in den letzten Monaten aufgrund personeller Engpässe nur begrenzt möglich.

Der nun vorliegende Bericht schaut auf ein Jahr Umsetzung zurück und gibt erste Antworten auf folgende Fragen:

Inhaltliche Ebene:

- Welche konkreten Maßnahmen sind in den beschriebenen Handlungsfeldern umgesetzt worden?
- Welche zusätzlichen Maßnahmen wurden ggf. ergriffen, um auf neue, veränderte Rahmenbedingungen und Entwicklungen zu reagieren?
- Welche Maßnahmen sollen in der nächsten Zeit aufgegriffen werden?

Strukturelle Ebene:

- Soll die Struktur der Arbeitsgruppen, die die handlungsfeldbezogene Konzepterstellung vorgenommen haben, beibehalten, verändert oder aufgelöst werden?
- Wie kann die Kommunikation zwischen internen und externen Akteur/innen effizienter gestaltet werden?
- Wie kann ein aussagekräftiges Umsetzungscontrolling aussehen?

Zwischen April 2014 und Juli 2014 wurden zahlreiche Gespräche in der Verwaltung, in anderen Dienstleistungsorganisationen und mit verschiedenen Migrantenorganisationen geführt.

Die Sichtweisen auf das Thema "Integration" variieren stark.

In den öffentlichen Organisationen herrscht die Meinung vor, dass die Mehrzahl der umgesetzten Maßnahmen zunächst einmal verschiedenen Zielgruppen **und** Migrant/innen zugute kommen. Darüber hinaus gibt es Angebote/Maßnahmen, die sich speziell an Menschen mit Migrationshintergrund richten.

Vertreter/innen der Migrantenorganisationen und Mitarbeiter/innen aus Institutionen betonen hingegen, dass sie die Umsetzung des Integrationskonzeptes kaum wahrnehmen und "der Magistrat" gefordert sei, sich verstärkt für die Umsetzung des Konzeptes einzusetzen - auch und insbesondere finanziell und personell.

Durch die beteiligungsorientierte Erarbeitung der Ideensammlung für das Konzept in den Jahren 2010/2011 ist bei den externen Akteur/innen der Integrationsarbeit ein hoher Erwartungsdruck entstanden.

Diese unterschiedlichen Sichtweisen erschweren z.T. die vertrauensvolle Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und sollten weitest möglich geklärt werden. Auch ist deutlich zu machen, in welchen Strukturen und unter welchen Rahmenbedingungen eine Kommunalverwaltung arbeitet und wie die Entscheidungsprozesse funktionieren.

Dank gilt an dieser Stelle allen Akteur/innen, die sich im Rahmen der Bestandsaufnahme zum Umsetzungsstand des Integrationskonzeptes kompetent und kooperativ eingebracht haben und auf diese Weise dazu beitragen konnten, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ein einigermaßen vollständiges Bild der derzeitigen Umsetzungsaktivitäten zu erhalten.

## 2. Die Handlungsfelder - und was bislang umgesetzt wurde

Die im Folgenden beschriebenen Umsetzungsaktivitäten wurden in Gesprächen mit den beteiligten Ämtern / Institutionen erfragt, dargestellt und danach schriftlich formuliert.

### Handlungsfeld 1: Frühe Förderung und Elternarbeit

Angebote, die sich an Kinder und deren Eltern wenden, sind für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund von weitreichender Bedeutung. Hier können wichtige Grundlagen geschaffen werden, damit Integration gelingt. Je früher die Eltern kleiner Kinder erreicht werden können, über bestehende Angebote informiert sind und diese nutzen, desto nachhaltiger kann dies auf die zukünftige Entwicklung einer gleichberechtigten Teilhabe wirken.

Im Integrationskonzept ist beschrieben, dass in der Stadt Bremerhaven bereits eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten in den Bereichen frühkindlicher Bildung / Entwicklung und Elternarbeit existiert. Diese Angebote werden von freien gemeinnützigen Trägern und städtischen Einrichtungen vorgehalten.

Hier einige Beispiele:

#### 1. Willkommen an Bord!

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen finanziert seit einiger Zeit ein präventives Hausbesuchsprogramm, das von der Arbeiterwohlfahrt Bremerhaven (AWO) umgesetzt wird. Das Angebot richtet sich an alle Familien in Bremerhaven, die ein neu geborenes Kind haben. Diese Familien werden einmal nach der Geburt des Kindes besucht. Darüber hinaus wird Familien mit Kindern unter sechs Jahren, die neu nach Bremerhaven ziehen, ebenfalls ein solcher Besuch angeboten. Bei diesen Besuchen händigen die Mitarbeiter/innen der Arbeiterwohlfahrt den Familien einen "Besuchsortner" aus, in dem sie viele wichtige Informationen, Anlaufstellen und Kontaktadressen finden. Auch gibt es darin ein eigenes Kapitel zum Thema Migration, in dem zahlreiche Informationen zu Integrationskursen, Mentorenprojekten zur Integration neuer Mitbürger/innen und Beratungsstellen für EU-Zuwanderer enthalten sind.

Um sicherzustellen, dass die (sprachliche) Verständigung klappt, werden die Besuche von Mitarbeiter/innen wahrgenommen, die über eine entsprechende interkulturelle Kompetenz, ein ausreichendes Wissen über ethnisch-kulturelle Hintergründe und eine gute Sprachkompetenz verfügen.

Das Programm wird von 70% bis 85% der in Frage kommenden Familien angenommen.

**Damit leistet das Amt für Jugend, Familie und Frauen einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer Willkommenskultur in Bremerhaven.**

## **2. Frühe Hilfen und Familienhebammen**

Es gibt eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die darauf zielt, Menschen mit geringen Sprachkenntnissen besser zu erreichen. Bremerhaven nimmt an diesem Projekt teil. Familienhebammen haben einen engen Kontakt zu den Familien neugeborener Kinder. Sie sollen im Rahmen dieses Projektes befähigt werden, die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken. Dazu werden sie auf der Grundlage eines vom Bund entwickelten Kompetenzprofils systematisch fortgebildet. Darüber hinaus werden Materialien ("NEST"-Materialien der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) in leichter Sprache erstellt und bereitgestellt, so dass auch Eltern mit Migrationshintergrund davon profitieren können.

In Bremerhaven gibt es keine Familienhebammen. Für die o.g. Aufgabe werden jedoch Kinderkrankenschwestern eingesetzt, um das Projekt realisieren zu können.

Auch das Gesundheitsamt beteiligt sich an der Verbreitung der Materialien.

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen beabsichtigt, im Juli 2014 und im Oktober 2014 jeweils einen Workshop in den Kindertagesstätten und Familienzentren in Bremerhaven durchzuführen, um die Mitarbeiter/innen mit dem Einsatz der "NEST"-Materialien vertraut zu machen.

## **3. Familienzentren**

Seit einigen Jahren gibt es in Bremerhaven so genannte Familienzentren. Der konzeptionelle Grundgedanke von Familienzentren ist es, im Stadtteil viele unterschiedliche niedrigschwellige Angebote für Familien und Kinder unter einem Dach zu schaffen. Die Angebote haben einerseits präventiven Charakter, andererseits schaffen und fördern sie interkulturelle Öffnung. Neben Angeboten, die von sozialpädagogischen Fachkräften bereit gestellt werden, haben die Nutzer/innen auch die Möglichkeit, eigene Themen aufzugreifen, Gruppen zu initiieren, Selbsthilfe zu organisieren, etwas gemeinsam zu unternehmen oder auch sich gegenseitig zu helfen.

Die ersten Familienzentren in Bremerhaven entstanden 2006 in Grünhöfe (Braunstraße) und 2008 in Lehe (Batteriestraße).

Im Jahr 2012 hat sich das Amt für Jugend, Familie und Frauen entschieden, gemeinsam mit den Familienzentren anderer Träger in der Stadt als "Initiative Bremerhavener Familienzentren" an dem Bundesprojekt "Anschwung für Frühe Chancen" teilzunehmen. In diesem Projekt ging es darum, eine gemeinsame Konzeption für die Familienzentren zu entwickeln, verbindliche gemeinsame Standards zu definieren und sich systematisch miteinander zu vernetzen. Geplant ist, den so genannten "Familienkompass" bis August 2014 fertig zu stellen. Zusätzlich wird es eine Informationsbroschüre über die Aufgaben und Schwerpunkte der einzelnen Familienzentren und deren Kontaktadressen geben, die ebenfalls im August 2014 veröffentlicht werden kann.

Es zeigt sich, dass die Familienzentren nach einiger Anlaufzeit fester Bestandteil des Lebens im Stadtteil werden und von den dort lebenden Menschen sehr gut angenommen werden. Derzeit finden in den Familienzentren u.a. Angebote wie "Multi-Kulti-Kochgruppen", Krabbelgruppen für Kinder aus verschiedenen Kultur-

kreisen, Sprachförderung, Hausaufgabenbetreuung, Freies Sprechen, gemeinsames Singen usw. statt.

Im Kontext von Partizipation und Beteiligung sind Familienzentren ein zentraler Ort, von dem vielfältige Initiativen zur gemeinsamen Gestaltung des Lebens im Stadtteil ausgehen können.

Damit schaffen Familienzentren eine hoch wirksame strukturelle Voraussetzung für die Integration von Migrant/innen und deren Kindern und sollten - auch im Kontext einer zukunftsfähigen Quartiersentwicklung - weiter ausgebaut und abgesichert werden.

Im Integrationskonzept sind drei Handlungsbereiche beschrieben, die durch praktische Maßnahmen in die Umsetzung gebracht werden sollen:

**a)** " ...weiterqualifizierte Mitarbeiter/innen zur Umsetzung des Ziels "Chancengleiche Teilhabe aller in Bremerhaven lebenden Kinder" (Integrationskonzept, Seite 21)

Maßnahme: "... in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Trägern der Einrichtungen und Projekte und dem Ausbildungsbereich eine Fachveranstaltung zu konzipieren, durchzuführen und zu dokumentieren, die sich mit grundsätzlichen Fragen einer verbesserten interkulturellen Ausrichtung der frühkindlichen Bildung und Entwicklung sowie der Elternarbeit beschäftigt" (vgl. Integrationskonzept, Seite 22).

#### Was wurde umgesetzt?

Am 4.2.2014 fand in Bremerhaven ein Fachtag "Interkulturelle Bildung" statt, an dem über 30 pädagogische Fachkräfte teilnahmen. Im Anschluss an einen Vortrag von Herrn Dr. Christoph Fantini, FB Erziehungs- und Bildungswissenschaften an der Universität Bremen zum Thema "Interkulturelle Kompetenzen" arbeiteten die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Schwerpunkten. Die Ergebnisse der Veranstaltung sind dokumentiert.

Ziel ist es, auch zukünftig die interkulturelle Kompetenz der pädagogischen Fachkräfte weiter auszubauen.

**b)** "... geeignete Analyse- und Planungsinstrumente, die es ermöglichen, auf bestehende und sich verändernde Handlungsbedarfe zu reagieren." (Integrationskonzept, Seite 21)

Maßnahme: "... eine Fachveranstaltung zu konzipieren, durchzuführen und zu dokumentieren, die sich mit grundsätzlichen Fragen der stadtteilbezogenen Bedarfsmessung und Angebotssteuerung und -anpassung im Bereich integrationsfördernder Maßnahmen frühkindlicher Bildung und Entwicklung beschäftigt." (Integrationskonzept, Seite 22)

#### Was wurde umgesetzt?

Es wurden Untersuchungen - Sozialraumbezogenes Bildungsmonitoring - für die Stadtteile Grünhöfe und Lehe durchgeführt. Die Datensammlungen wurden erstellt von Prof. Dr. Olk, Universität Halle/Wittenberg.

Die Ergebnisse des Sozialraumbezogenen Bildungsmonitoring Berichtes für den Stadtteil Bremerhaven-Lehe wurden im Rahmen des Projektes Lernen vor Ort am 15.5.2014 vorgestellt.

c) "... eine Öffentlichkeitsarbeit, die versucht, möglichst umfassend zahlreiche Beteiligte zu erreichen und auf bestehende Angebote hinzuweisen mit dem Ziel einer noch stärkeren Nutzung." (Integrationskonzept, Seite 21)

Maßnahme: „... bestehende Präventionsmaßnahmen erweitern ...“ Maßnahmen, die den Zugang zu Informationen erleichtern, wie etwa "eine Sammlung, systematische Darstellung und möglichst mehrsprachige Verbreitung aller Angebote im Bereich frühkindlicher Bildung und Entwicklung ('Familienkompass'), sowie Maßnahmen, die den Grad der Akzeptanz und Inanspruchnahme der bestehenden Angebote sichern bzw. erhöhen, wie etwa eine individuelle Kontaktaufnahme zu Eltern."

#### Was wurde umgesetzt?

Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig, damit die Menschen über die Angebote, die vorgehalten werden, auch gut informiert sind.

Im Bereich des Angebotes "Willkommen an Bord" existiert, wie bereits erwähnt, die Begrüßungsmappe. Zu einzelnen Themen hat die AWO Flyer in unterschiedlichen Sprachen erstellt.

Zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern wurden die NEST-Materialien des Nationalen-Zentrums Frühe Hilfen veröffentlicht und ein erster Workshop zur Verbreitung der Materialien in Bremerhaven durchgeführt. Diese Veranstaltung wurde von 37 pädagogischen Fachkräften besucht. Durch die Anwendung dieser Materialien, die auf der Basis der „Leichten Sprache“ entwickelt wurden, sind gerade Menschen mit Migrationshintergrund sehr gut zu erreichen. Eine Dokumentation ist erfolgt und steht allen Teilnehmer/innen aber auch allen Interessierten zur Verfügung.

Im Rahmen des Projektes "Lernen vor Ort" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden Mittel bereitgestellt, um ein Logo und ein Corporate Design für die Familienzentren in Bremerhaven entwickeln zu können. Eine Umsetzung einer Broschüre „Familienzentren in Bremerhaven kennenlernen“, Plakate und Buswerbung wurde im August 2014 in die Öffentlichkeit gebracht. So wurde ein großer Schritt für die Bekanntmachung von Angeboten, die sich speziell an benachteiligte Eltern richten, getan. Darüber hinaus wurde ein Familienkompass für Bremerhaven im August 2014 aufgelegt, der die bestehenden Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung darstellt und darüber hinaus auch Institutionen die Möglichkeit gibt, schneller und bedarfsorientierter zu vermitteln. Inhalte dieses Kompasses sind neben den Aufgaben der einzelnen Dienstleister auch ein nach Stadtteilen strukturiertes Prinzip, welches den Einwohner/innen der Stadt eine schnelle Hilfe bietet. Dieser Kompass wird so stark nachgefragt, dass eine weitere Auflage angedacht ist.

Diese Maßnahmen werden dauerhaft dazu führen, dass die aus den verschiedenen ethnischen Kulturen kommenden Kinder, Jugendlichen und Familien die Angebote der Familienzentren und anderer Dienstleister der Stadt besser nutzen können.



## **Handlungsfeld 2: Schulabschlüsse**

Schulische Bildung / Schulabschlüsse sind ein zentraler Baustein auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe.

Deshalb hat das Schulamt die Moderation der im Rahmen der Erstellung des Integrationskonzeptes eingerichteten Arbeitsgruppe 2 - Schulabschlüsse - übernommen und den Prozess der Konzeptentwicklung aktiv mitgestaltet.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe finden sich im Wesentlichen im Integrationskonzept wieder.

Es wurden - im Schulteam des Schulamtes Bremerhaven - unter dem Vorsitz des Dezernenten Herrn Frost fünf Ziele / Leitprojekte formuliert, die im Zusammenhang mit der Integration von Schüler/innen mit einem Migrationshintergrund Priorität haben sollten:

### **1. Umsetzung der Inklusionspädagogik an allen Schulen (Integrationskonzept, Seite 23)**

Die Bremischen Schulen haben sich nach Änderung des Schulgesetzes von 2009 zu inklusiven Schulen zu entwickeln. Zur Umsetzung dieses Auftrags sind die Einführung der Oberschule und die Abschaffung der meisten Förderzentren (Lernen, Verhalten, Wahrnehmung und Entwicklung) beschlossen worden.

Entgegen einer weit verbreiteten Meinung richtet sich "Inklusion" nicht ausschließlich an die Klientel der ehemaligen Sonderschulen, sondern zielt auf Chancengleichheit für alle Schüler/innen und Berücksichtigung ihres jeweiligen individuellen Förderbedarfs.

In der Primarschule werden inzwischen alle Schüler/innen gemeinsam unterrichtet.

Die Oberschule ist bereits in den 7. Jahrgang hochgewachsen.

Die beiden Förderzentren laufen in den beiden folgenden Schuljahren aus, sodass dann auch – vom Lloyd Gymnasium abgesehen – die Schüler/innen den Jahrgängen fünf bis zehn gemeinsam unterrichtet werden.

Die Aufhebung jeglicher Separierung macht es notwendig, den Unterricht sehr viel stärker auf die Möglichkeiten jedes einzelnen Schülers / jeder einzelnen Schülerin auszurichten.

Das Lehrerfortbildungsinstitut Bremerhaven (LFI) qualifiziert die Lehrer/innen für die damit verbundenen neuen Herausforderungen - von der Unterrichtsentwicklung über interkulturelle Kompetenz bis hin zu individueller Förderung.

Auf Landesebene wird derzeit ein "Entwicklungsplan Migration und Bildung" erarbeitet. Nach Verabschiedung durch die Deputation für Bildung wird er auch in den Schulen in Bremerhaven umgesetzt werden.

Dieser Entwicklungsplan hat folgende Schwerpunkte:

- Verstärkung der Elternarbeit
- Entwicklung und Umsetzung zusätzlicher Angebote in Bezug auf die Berufsorientierung
- Ausbau der Sprachförderung
- Fortbildung der Lehrer/innen

## **2. Angebot an Ganztagschulen ausbauen (Integrationskonzept, Seite 23)**

In Bremerhaven sind inzwischen die Hälfte aller Grund- und Sek I-Schulen Ganztagschulen, wobei die offene Form als Ganztagschule in der Überzahl ist. Mit der CVO Oberschule, die im kommenden Schuljahr als Ganztagschule ihren Betrieb aufnehmen wird, kommt eine weitere gebundene Ganztagschule im Bereich der Sek I hinzu. Als nächste Grundschule steht die Allmersschule in den Startlöchern. Allerdings ist eine Umwandlung in eine Ganztagschule am jetzigen Standort nicht möglich. Deshalb ist ein Umzug in das zukünftige Humboldthaus (noch Humboldtschule) geplant.

Nach einer Regelung auf Landesebene werden gebundene Ganztagschulen im Primarbereich zukünftig bei der Lehrerversorgung besser gestellt als bisher. Der weitere Ausbau der Ganztagschulen stellt sich vor allem als finanzielles Problem dar. Neben nicht unerheblichen Kosten für die räumliche Umgestaltung fallen bei einer Ganztagschule jährliche Mittel für Personal und Ausstattung an. Allein wird die Stadt Bremerhaven diese Kosten nicht stemmen können. Neben der Einrichtung weiterer Ganztagschulen wird es zukünftig auch um die Qualitätssicherung der Ganztagskonzepte gehen.

## **3. Berufseinstiegsbegleitung an den Oberschulen etablieren (Integrationskonzept, Seite 23)**

Berufseinstiegsbegleitung ist ein Bundesprojekt, das über die Arbeitsagenturen gemanagt wird. In Bremerhaven sind zurzeit an fünf Schulen hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter tätig.

Die Berufseinstiegsbegleitung an der Schule am Ernst-Reuter-Platz wird über ESF-Mittel finanziert. Dieses Projekt läuft in 2014 aus, und es noch nicht sicher, ob auch weiterhin ESF-Gelder dafür zur Verfügung stehen.

Insgesamt ist für die nahe Zukunft nicht von einer Ausweitung der Berufseinstiegsbegleitung auszugehen, deshalb wäre bereits ein Erhalt des jetzigen Umfangs ein Erfolg.

Für die Jahre ab 2015 bewirbt sich das Land Bremen um Berufseinstiegsbegleitung. Die zur Verfügung gestellten Plätze müssen dann zwischen den beiden Stadtgemeinden aufgeteilt werden. Hierbei streben wir für Bremerhaven einen Anteil von 30 % an.

#### **4. Durchgängige Sprachförderung bis in die Sekundarstufe 1 einführen (Integrationskonzept, Seite 24)**

An allen Bremerhavener Grundschulen gibt es Sprachberater/innen. Sie stehen den Kolleg/innen mit Rat und Tat zur Seite, wenn bei Schüler/innen Auffälligkeiten beim Spracherwerb zu erkennen sind und Förderung benötigt wird. In den Schulen der Sekundarstufe I gibt es keine Sprachberater/innen.

In den vergangenen Monaten sind in starkem Maße Zuzüge von Menschen aus anderen EU-Ländern oder Flüchtlinge nach Bremerhaven gekommen. Für die meisten Kinder dieser Familien gilt, dass sie so gut wie kein Wort deutsch sprechen können, teilweise Analphabeten sind. Aus diesem Grund mussten sowohl im Primarbereich als auch in den Sekundarstufen I und II Sprachanfängerkurse eingerichtet werden, wofür zusätzliches Personal benötigt wird, das aber nicht vollständig über die Lehrerzuweisung aus Bremen abgedeckt wird.

Eine darüber hinausgehende Sprachförderung für Schüler/innen, die sprachliche Entwicklungsverzögerungen aufweisen, ist zurzeit mangels Ressourcen nicht darstellbar.

#### **5. Landesrechtliche Regelung zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse einfordern (Integrationskonzept, Seite 24)**

Die Umsetzung dieses Leitziels steht noch aus.

<b>Handlungsfeld 3: Berufsabschlüsse</b>
--

#### **Aufbau einer Jugendberufsagentur**

Die Stadt Bremerhaven bereitet derzeit die Einrichtung einer Jugendberufsagentur vor, die im Sommer 2015 ihre Arbeit aufnehmen soll. Dabei orientiert sie sich konzeptionell am Vorgehen der Städte Hamburg und Darmstadt, wo sich dieses Modell seit Jahren bewährt.

Der Grundgedanke ist, mit Jugendlichen und deren Eltern bereits 2 Jahre vor dem voraussichtlichen Schulabschluss in Kontakt zu treten und das Thema Ausbildung / Berufsperspektiven systematisch anzusprechen. Das Vorhaben wird in Kooperation von Bildungsbereich, Dezernat 3, Jobcenter und Arbeitsagentur realisiert.

#### **Bremerhavener Modell**

Dieses Vorhaben hat das Ziel, so genannte "Bedarfsgemeinschaften" in den Fokus zu nehmen. Zielgruppe sind demnach junge Familien im SGB-II-Bezug mit Kindern unter 6 Jahren. Durch eine enge Kooperation von Jobcenter und Jugendamt soll die

Beschäftigungslosigkeit durchbrochen und die Familienbetreuung verbessert werden. Das Modell soll flächendeckend in allen Stadtteilen umgesetzt werden.

### **Kompass - Berufliche Perspektiven für junge Menschen**

Zielgruppe sind junge Menschen unter 25 Jahren, ohne Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz, die ALG II beziehen. Dazu erfolgt eine Kooperation mit mehreren externen Partnern, u.a. der Kreishandwerkerschaft und dem AFZ. Das Projekt wird seit September 2012 durchgeführt.

### **Bremer Abkommen: Zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen**

Um möglichst vielen Jugendlichen einen passenden Ausbildungsplatz anbieten zu können, sollen in den nächsten 3 Jahren im Land Bremen 800 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

## **Handlungsfeld 4: Wirtschaft und Beschäftigung**

Für die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist die Thematik „Migration/Integration“ schon seit Längerem von hoher geschäftspolitischer Bedeutung.

So werden diverse Antragsformulare und Merkblätter der Arbeitsagenturen und Jobcenter mehrsprachig bereitgestellt.

Alle Förderinstrumente sind grundsätzlich allen Personengruppen zugänglich – aufgrund besonderer Vermittlungshemmnisse durch fehlende Schul- und/oder Berufsabschlüsse/Qualifikationen sowie sprachliche Defizite etc. können Kunden mit Migrationshintergrund möglicherweise besonders daran partizipieren.

In diversen Bereichen der BA werden Mitarbeiter/innen beschäftigt, die selbst einen Migrationshintergrund haben und bei Bedarf kollegial unterstützen. Damit leistet die BA einen doppelten Beitrag zur Integration: bezogen auf den eigenen Personalkörper und die Erleichterung des sprachlichen Zugangs für Kunden mit Migrationshintergrund.

Die Entwicklung und Sicherung interkulturelle Kompetenz ist für die BA selbstverständlich und somit fester Bestandteil von Schulungen:

- Alle Mitarbeiter/innen im Kundenportal lernen in einer Einarbeitungs-/Qualifizierungsmaßnahme zur Kommunikation im Kundenkontakt inhaltlich auch Aspekte zu kulturellen Besonderheiten im Umgang mit Kunden kennen – dies ist Standard bei der BA.
- Für Arbeitsvermittler/innen und Berater/innen ist das Thema in einer umfassenden Qualifizierung zur Beratungskompetenz (BeKo) ebenfalls ein Standardaspekt.

Darüber hinaus hat die AA Bremen-Bremerhaven das Thema auf verschiedene Weise in seine operative Aufgabenerledigung implementiert.

Funktionen:

- Beauftragung eines Arbeitsvermittlers mit Migrationshintergrund als Ansprechpartner für die Integrations- und Migrationsnetzwerke im Land Bremen seit 2013
- Befristete Beschäftigung einer Zusatzkraft in der Arbeitsvermittlung für ein Modellprojekt mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur schnelleren Integration identifizierter Flüchtlinge mit Bleibeperspektive ab Frühjahr 2014

Interne Schulungen zum Thema:

- Multiplikatorenschulung zur Sensibilisierung für den Umgang mit verschiedenen Kulturkreisen (in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk IKÖ und der WiSo-Ak) in 2013
- Multiplikatorenschulung zu den Grundlagen für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in 2013 (in Zusammenarbeit mit dem IQ-Netzwerk)

Interkulturelle Veranstaltungen:

- Im Mai 2014 hat die AA Bremen-Bremerhaven mit den beiden Jobcentern Bremen und Bremerhaven eine 2-tägige JobAktiv-Messe in Bremen veranstaltet, deren Hauptzielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund bildete. Aus Bremerhaven waren hierzu über 600 Kunden durch Arbeitsagentur/Jobcenter eingeladen worden. Es ist beabsichtigt, in 2015 eine ähnliche Veranstaltung in Bremerhaven zu organisieren.
- Über den Migrationsbeauftragten der AA Bremen-Bremerhaven hat es in 2014 unter Beteiligung des Netzwerkes IQ (Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“ des BMAS/BMBF) und den zuständigen Kammern als Partnern erste Veranstaltungen für Kunden zu einer Anerkennungsberatung gegeben. Die Ausweitung einer solchen Veranstaltungsreihe auf Bremerhaven ist für 2015 angedacht.

Perspektiven für die nächsten Jahre:

- Verstetigung der bisherigen Ansätze
- geplante Durchführung der vorstehend genannten Interkulturellen Veranstaltungen in Bremerhaven unter Beteiligung des Jobcenters Bremerhaven.

### **Ergänzendes Statement des Jobcenters Bremerhaven**

Das Jobcenter führt die o.a. Aktivitäten gemeinsam mit der Agentur für Arbeit durch. Darüber hinaus betreibt es ein spezielles Fallmanagement (FM) für Migrant/innen. Dies wird im Auftrag des Jobcenter seit dem Jahre 2005 durch die Stadt Bremerhaven wahrgenommen, welche damit wiederum das Arbeitsförderungs-zentrum (AFZ) beauftragt hat.

Die Arbeit des AFZ hat sich bewährt und leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Integration von Migrant/innen in den Arbeitsmarkt.

<b>Handlungsfeld 5: Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes</b>
---

**Personalamt**

**Strategisches Ziel**

**"Anpassung der Personalstruktur an die Bevölkerungsstruktur"**

**Leitprojekte / erste Maßnahmen lt. Konzept**

1. Durchführung einer Ist-Stands-Analyse Magistratsbeschäftigter mit Migrationshintergrund
2. Informationskampagne zur interkulturellen Öffnung – stadtweite Kampagne mit dem Ziel, junge Menschen über die Möglichkeiten einer Ausbildung im öffentlichen Dienst in Bremerhaven zu informieren und sie dazu zu motivieren. Die Kampagne soll sich explizit auch an Jugendliche mit Migrationshintergrund wenden
3. Ausbau der Sprachmittlerkartei und Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes

**Ist-Stand Mai 2014**

**zu 1**

Um erste Daten über die Beschäftigtenstruktur bezüglich des Migrationshintergrunds zu erhalten, wurde eine Befragung der Beschäftigten auf freiwilliger Basis durchgeführt. Dabei kam ein Fragebogen zum Einsatz, der in Bremen ebenfalls genutzt wurde.

Die Rückläufe lagen bei ca. 13%. Somit sind die Ergebnisse leider nicht repräsentativ.

Aussagekräftigere Daten liegen hingegen für den Beschäftigtenbereich der Auszubildenden vor. In den letzten Jahren lag der Anteil der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund durchgängig bei ca. 25%.

Das Personalamt strebt an, durch geeignete Maßnahmen eine höhere Rücklaufquote bei der nächsten Beschäftigtenbefragung zu erzielen, damit repräsentative Daten ausgewertet werden können.

## zu 2

Das Personalamt hat am 3.6.2014 am 2. Internationalen Diversity Day erstmalig teilgenommen. Die Verwaltung, die Polizei und die Feuerwehr informierten Abschlussklassen im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung über die Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadtverwaltung. Dabei wurden Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders angesprochen. Im Vorwege wurden verschiedene Institutionen, wie zum Beispiel der Rat ausländischer Mitbürger, auf die Veranstaltung gezielt hingewiesen. –Es wurde ein Flyer erstellt, auf dem Menschen unterschiedlicher Nationalitäten abgebildet sind, um Identifikation zu ermöglichen. Zudem hatten interessierte Jugendliche die Möglichkeit, mit Auszubildenden direkt ins Gespräch zu kommen und ihre Fragen zu stellen.

Es ist beabsichtigt, auch den Diversity Day 2015 wieder umfangreich zu begleiten.

## zu 3

Die Sprachmittlerkartei existiert. Sie beinhaltet eine Zusammenstellung von Mitarbeiter/innen der Verwaltung, die bei Bedarf kurzfristig hinzugezogen werden können, um Übersetzungshilfe zu leisten. Diese Datei wird regelmäßig aktualisiert. Wenn der Übersetzungsbedarf durch hauseigene Mitarbeiter/innen nicht gedeckt werden kann, wird auf externe Dolmetscher zurückgegriffen.

Über die im Integrationskonzept beschriebenen und bereits umgesetzten Maßnahmen hinaus engagiert sich das Personalamt auch mit weiteren Aktivitäten und Projekten, um das Thema „Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes“ weiter voranzubringen.

### Vier Beispiele:

1. Durchführung eines Projektes in Kooperation mit der Hochschule Bremen: Auszubildende / Studierende erlernen die Methodik des Projektmanagements (Prof. Dr. Helga Meyer) und erarbeiten in diesem Zusammenhang ein Konzept, wie Jugendliche mit Migrationshintergrund vermehrt angesprochen und für eine Ausbildung beim Magistrat gewonnen werden können. Dazu wird eine Befragung von Auszubildenden des Magistrats durchgeführt, bei der deren Motivation, sich beim Magistrat zu bewerben, erhoben werden soll. Das Projekt soll im Herbst 2014 abgeschlossen sein.

2. Ausbildungsplätze werden nicht nur Jugendlichen, sondern allen interessierten Bewerber/innen unabhängig von deren Alter angeboten. Dies eröffnet auch für Migrant/innen neue Chancen. Um mögliche Einbindungen in familiäre und sonstige Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen, ist die Ausbildung auch in Teilzeit möglich.

Dieses Thema soll in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut werden.

3. Im Jahr 2014 hat eine Fortbildung für Magistratsbeschäftigte zum Thema "Stressfreie Kommunikation und Konfliktlösung im interkulturellen Kontakt" stattgefunden.

4. Das Personalamt ist auf Ausbildungsmessen etc. vertreten und stellt dort seine Ausbildungsgänge vor.

## Wie geht es weiter?

Derzeit sind folgende Maßnahmen geplant:

- Im Jahr 2015 soll eine zweite Beschäftigtenbefragung zum Thema "Migrationshintergrund" durchgeführt werden;
- Es wird 2015 eine interne Fortbildung zum Thema „Diversity“ angeboten;
- Das Personalamt wird sich am Diversity Day 2015 beteiligen;
- Das Projekt, neue Informations- und Kontaktmöglichkeiten zu ermitteln, um junge Menschen mit Migrationshintergrund bei der Ausbildungsakquise gezielter anzusprechen, soll mittelfristig unter Beteiligung der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten weiterentwickelt und verstetigt werden.

## Ausländerbehörde

Das Thema Integration ist für die Ausländerbehörde von großer Bedeutung.

Deshalb wurden intensive Überlegungen angestellt, wie auch mit knappen Mitteln ein sinnvoller Beitrag zu einer "Willkommenskultur" geleistet werden kann.

Zunächst wurde die Wartezone so umgestaltet, dass die Menschen, die sich dort eine Zeit lang aufhalten, sich wohl fühlen: z.T. Neuanstrich, Änderung der Beleuchtung, Aufstellen von Grünpflanzen

Zum Jahresende 2014 ist es geplant, den "Service-Point" endgültig in Betrieb zu nehmen und die Aufrufnummern abzuschaffen. Die Kunden der Ausländerbehörde nehmen dort Kontakt zum Amt auf, es wird ihr Anliegen geklärt und sie werden darüber informiert, welche Papiere und Unterlagen sie mitbringen müssen. Dies erspart den Kunden vergebliche Wege und den Sachbearbeiter/innen Doppelarbeit. Der Servicepoint gibt die erhobenen Informationen direkt an die Sachbearbeiter/innen weiter. Die Kunden werden dann sofort mit Namen angesprochen und in die Büros der Sachbearbeiter/innen gebeten.

Alle Mitarbeiter/innen der Ausländerbehörde hatten die Möglichkeit, an einem Englisch-Auffrischkurs teilzunehmen, um ihre Fremdsprachenkompetenz zu sichern.

Darüber hinaus findet seit einiger Zeit ein Projekt "Seitenwechsel" statt: Mitarbeiter/innen werden für einen Arbeitstag ausgetauscht, um ein anderes Arbeitsfeld kennenzulernen. Die Erfahrungen werden im Rahmen einer Nachbereitung reflektiert.

Um herauszufinden, wie zufrieden die Nutzer/innen mit der Umgestaltung der Wartezone und der Arbeit des Service-Points sind und welche weiteren Verbesserungen vielleicht noch gewünscht werden, plant die Ausländerbehörde, im Jahr 2015/2016 eine Kundenbefragung durchzuführen.



## Handlungsfeld 6: Teilhabe / Partizipation und Bewusstseinsbildung

### Vorbemerkung

Die Erhebung des Umsetzungsstandes zum Handlungsfeld 6 gestaltete sich schwierig, weil, anders als bei den übrigen Handlungsfeldern, eine eindeutige Verknüpfung von Themen und Verantwortlichkeiten nicht immer erkennbar ist.

Deshalb sind im Folgenden nur die Leitgedanken aus dem Integrationskonzept aufgenommen und mit kurzen Erläuterungen versehen.

### Leitgedanken aus dem Integrationskonzept

- **Strategien zur Stärkung der politischen Interessenvertretung von Migrant/innen entwickeln**  
- muss noch bearbeitet werden -
- **Integration von Flüchtlingen als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung verankern**  
- findet statt: es gibt mehrere ämterübergreifende Arbeitsgruppen, die sich regelmäßig treffen und abstimmen -
- **Schaffung von Grundlagen und Möglichkeiten für die Beteiligung von Zuwander/innen**
  - Migrant/innen mit deutschem Pass können Mitglied in den politischen Parteien werden, in parteiinternen Arbeitsgruppen mitwirken und sich zur Wahl stellen
  - Migrant/innen ohne deutschen Pass können Mitglied in den politischen Parteien werden und in parteiinternen Arbeitsgruppen mitwirken
  - Migrant/innen ohne deutschen Pass können sich in den RAM wählen lassen bzw. dort mitarbeiten.
  - Darüber hinaus steht die Mitarbeit in Vereinen und bestehenden Initiativen bzw. die Gründung neuer Initiativen auch den Migrant/innen offen.
- **Förderung von Partizipation in den Nachbarschaften**  
- findet statt in den Familienzentren, durch WIN, durch multikulturelle Stadtteil-feste etc.
- **Ausweitung der politischen Bildungsangebote unter Einbeziehung junger Migrant/innen**  
- notwendig: Bestandsaufnahme: was gibt es schon, welchen Handlungsbedarf sehen die Bildungsträger, erheben: was möchten junge Migrant/innen?
- **Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige**  
- abgelehnt.

## **2.7 Tätigkeiten des Sozialamtes im Rahmen der Koordination der Integrationsarbeit (2013/2014)**

### **Allgemeines**

Dem Sozialamt obliegt die Koordination der Integrationsarbeit in der Stadt und im Magistrat. Es ist in diesem Zusammenhang Ansprechpartner für die verschiedenen Akteure, die in diesem Bereich in Bremerhaven tätig sind sowie für Landesbehörden und Gremien. Daneben berät das Sozialamt Menschen mit Migrationshintergrund mittels einer eigenen Beratungsstelle.

Aufgrund von personellen Vakanzen ist über einen Umwidmungsantrag von Projektmitteln eine Möglichkeit zur vorübergehenden Besetzung Koordinationsstelle im Rahmen des Projektes „Lernen vor Ort“ geschaffen worden. Dieses erfolgte insbesondere mit besonderem Blick auf die Themenfelder „Zuwanderung neuer EU-Bürger/innen“ und „Flüchtlinge“ mit besonderem Bezug zu Integration über Bildung bei den Kindern.

Im Rahmen seiner o. g. Koordinationsarbeit nimmt das Sozialamt an einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Umsetzung des „Entwicklungsplanes Partizipation und Integration“ des Landes Bremen teil, die ca. im zweimonatigen Rhythmus tagt. Gleichzeitig hat das Sozialamt unter Beteiligung anderer Ämter an Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des Zwischenberichts im Handlungsfeld „Beschäftigung“ mitgewirkt. Das Sozialamt hat im Zusammenhang mit seiner übrigen Tätigkeit immer wieder Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Themenbereichen als Zielgruppe in den Focus eingebracht. Beispielhaft seien Senioren / Pflege / Jugendberufsagentur genannt. Zum Thema Demenz ist die Zusammenarbeit u. a. mit der Ditib-Moschee für ein Projekt initiiert worden.

Ergänzend nahm das Sozialamt an Sitzungen von verschiedenen in der Integrationsarbeit in Bremerhaven tätigen Gruppen teil.

Das Sozialamt hat weiter die Beantwortung von Anfragen aus der Bremischen Bürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung entweder selbst vorgenommen oder koordiniert, an der Studie „Weiterbildung und Diversität“ mitgewirkt und die Integrationskonferenz im Herbst 2013 durchgeführt.

Weiter organisiert das Sozialamt in Zusammenarbeit u. a. des Landessportbundes jährlich ein Familienspiel- und sportfest.

Im Rahmen der Beratung ist in den letzten Monaten eine deutliche Zunahme (50 %) von Beratungsbedarf von Personen aus Polen zu verzeichnen. Die Beratungsstelle beglaubigt des Weiteren zusätzlich Zeugnisse für das Anerkennungsverfahren von ausländischen Berufsabschlüssen.

Gegenwärtig arbeitet das Sozialamt mit bei der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts des Landes Bremen, in dem ein Kapitel speziell das Thema „Flüchtlinge“ betrifft und im Übrigen der Personenkreis der Menschen mit Migrationshintergrund als Querschnittsthema berücksichtigt wird.

Die Wahrnehmung der Koordination der Integrationsarbeit erfordert neben diesen genannten Tätigkeiten eine Vielzahl von Gesprächen mit Gremien, Institutionen und der Politik.

### **Themenkreis Neue EU-Bürger/innen**

Aufgrund des starken Zuzugs von sog. neuen EU-Bürger/innen haben das Dezernat III und die Amtsleitung des Sozialamtes entschieden, für dieses ämterübergreifende Thema im Magistrat eine Arbeitsgruppe einzurichten. An dieser Arbeitsgruppe nehmen teil u. a. Schulamt, Amt für Jugend, Familie und Frauen, Jobcenter, Ausländerbehörde, Sozialamt-SGB XII-Leistungen sowie Gesundheitsamt unter Hinzuziehung von externen Fachleuten.

Dezernat III, Sozialamt und die Ortpolizeibehörde vertraten den Magistrat in einer Staatsräte-Runde nebst Arbeitsgruppen im Land Bremen zum Thema „Armutszuwanderung“ und wirkten an einem umfassenden Abschlussbericht für die Bürgerschaft mit einschließlich Herbeiführung eines Beschlusses des Magistrates mit.

Dezernat III und Sozialamt nahmen an dem in Bremen einberufenen Runden Tisch „Gesundheitsversorgung“ für den o. g. Personenkreis nebst Arbeitsgruppen teil.

Das Sozialamt initiierte unter Vollfinanzierung die Beratungsstelle für neue EU-Bürger/innen. Bremerhaven hat damit im Land Bremen eine Vorreiterrolle übernommen. Ergänzend zu diesem Angebot ist der Einsatz des Kontakta-Busses für die Kinder der neuen EU-Bürger/innen auf Anregung des Sozialamtes erweitert und von ihm durch zusätzliche Fördermittel finanziert worden.

Kindern von neuen EU-Bürger/innen ist ein Zugang zu dem Projekt „Kids in die Clubs“ unter Einbeziehung der Beratungsstellen ermöglicht worden. Ausgangspunkt war die Mitteilung eines Problems durch einen Verein (viele bulgarische Kinder/Jugendliche wollen Fußball spielen, sind aber nicht im Verein) an das Sozialamt. Dieses erarbeitete gemeinsam mit Landessportbund, Verein und Sportamt die Lösung über das Projekt.

### **Themenkreis Flüchtlinge**

Die Arbeit in diesem Themenkreis ist seit 2013 gekennzeichnet durch die manchmal sehr kurzfristige Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten und Wohnraum für neu in Bremerhaven ankommende Flüchtlinge mit sehr viel Bindung von Zeitanteilen auch im Leitungsbereich und fachlicher Neuausrichtung dieses Bereiches im Geiste des Integrationskonzeptes. Zusätzlich wurde eine zusätzliche Beratungsmöglichkeit für die in der Stadt lebenden Flüchtlinge im Sozialamt geschaffen.

Dezernat III und Sozialamt haben auch zu diesem Themenfeld eine ämterübergreifende AG im Magistrat initiiert, an der u. a. Schulamt, Amt für Jugend, Familie und Frauen einschließlich externer Fachleute mitwirken.

Das Sozialamt hat im Herbst 2013 an der Berichterstattung für den Senat über die Auswirkungen der Zuwanderung mitgewirkt, einschließlich verschiedener Gespräche mit Senatoren und Staatsräten von Dezernat und Amtsleitung in Bremen. Aufgrund des Themenzusammenhangs war das Sozialamt auch an den Verhandlungen mit Bremen über die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen beratend involviert.

In einer ämterübergreifenden Vorlage für den Magistrat im Herbst 2013 wurden die Folgekosten der Zuwanderung von Flüchtlingen für die Stadt Bremerhaven zusammengefasst.

Aufgrund des Zuzugs von Flüchtlingen wurde je eine zusätzliche Personalstelle für den Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für die Unterbringung von Flüchtlingen geschaffen und besetzt.

Gegenwärtig arbeitet das Sozialamt an einer Neuauflage des Berichtes zu den Folgekosten für den Magistrat.

## **Fazit**

Die Einrichtung von temporären Arbeitsgruppen für spezielle Themenfelder, die eine besondere Koordination in der Stadtverwaltung erfordern, hat sich bewährt, da gerade die Ämter mit einem besonderen Bezug zu Kindern und damit für deren Bildung verantwortlich sind, neben dem üblichen Überblick und Austausch die erforderlichen Informationen für ihre Arbeit spezifischer erhielten. Dabei war auch die Hinzuziehung von externen Fachleuten - auch anderer Behörden – eine sinnvolle Erweiterung. Mit solchen Arbeitsgruppen wird es der Verwaltung ermöglicht, unvorhergesehen auftretende Probleme neben der Umsetzung des Integrationskonzeptes im Geiste dieses Konzeptes für die Integration anzugehen und zu lösen.

Die Arbeit der Interimskoordinatorin endete mit Projektende am 31.7.2014.

Das Sozialamt hält die Fortführung der Koordination der Umsetzung des Integrationskonzeptes für zwingend notwendig und wird sich erneut für die Schaffung einer entsprechenden Planstelle einsetzen.

## **3. Wie geht es weiter?**

### **Inhaltlich:**

- a) Weitere Umsetzung der begonnenen Maßnahmen
- b) Vervollständigung der Handlungsfelder eines zukunftsfähigen Integrationskonzeptes (z.B. Stadtentwicklung/ Quartiersentwicklung; Ältere Menschen; Gesundheit; Kultur; ...)
- c) Erarbeitung und Fortschreibung einer „Integrationsmatrix“. Die Integrationsmatrix kann als Grundlage für den Aufbau eines Integrationscontrolling dienen.

### **Strukturell:**

- a) Verwaltungsintern: Durchführung einer dezernatsübergreifenden Veranstaltung „Integration“ mit den Ämtern der Verwaltung – IV. Quartal 2014, Initiative: Dez. III
- b) Systematische Vernetzung von Verwaltungsaktivitäten mit den externen Akteur/innen
- c) Weiterentwicklung der Koordinationsstruktur, z. B. durch eine interne/externe Koordination

## **Eine Empfehlung zum Schluss**

Die AG 6 ist die einzige verbliebene Arbeitsgruppe, die die Umsetzung des Integrationskonzeptes weiterhin begleiten möchte.

Es kann hilfreich sein, gleichwohl Untergruppen zu bilden, die die Umsetzung des Konzeptes in den beschriebenen und noch zu entwickelnden Handlungsfeldern begleitet. Diese Untergruppen sollten fachkundig zusammengesetzt sein, um Akzeptanz insbesondere für die Zusammenarbeit mit den städtischen Ämtern zu sichern.

Verantwortliche Erstellerin:  
Gerlinde Morsbach

## Anhang

**Mit folgenden Personen / Gruppen / Institutionen wurden Gespräche geführt:**

### **In der Verwaltung**

Claus Polansky, Magistratsdirektor, Gespräch am 24.4.2014

#### **HF 1 – Frühe Hilfen und Elternarbeit**

Frau Hild, ALin Jugendamt, Gespräch am 24.4.2014

##### AG 1

Renate Hunter (jetzt Verwaltungsleitung Gesundheitsamt) – ehem. Amt 51

Sabine Kobbe, AWO Bremerhaven – „Die Lerche“

Bettina Paul-Renken, Diakonie Bremerhaven

Bianca Prüsch, AWO Bremerhaven

Christa Thomann, Katholische Kirche

An der Sitzung der AG 1 vom 3.6.2014, 9 -11 h, haben teilgenommen:

Frau Jäger, Amt für Jugend, Familie und Frauen

Herr Reichstein, Amt für Jugend, Familie und Frauen

Frau Kobbe, AWO

Leitung: Frau Morsbach

Frau Kobbe und Frau Prüsch möchten alternierend an der Arbeitsgruppe weiterhin teilnehmen.

Frau Thomann ist in zwischen im Ruhestand.

Von Frau Hunter und Frau Paul-Renken gab es keine Reaktion auf die Einladung.

#### **HF 2 - Schulabschlüsse**

Frau Goldmann, ALin Schulamt, Gespräch am 11.6.2014

Herr Taube, Leiter Schulische Dienste

##### AG 2

Herr Taube (Schulamt) – Moderation

Frau Berg-von Lüdinghausen, Förderungsgesellschaft für Bildung mbH

Frau Greilich, AWO Bremen, Jugendmigrationsdienst

Herr Hahl, Immanuel-Kant-Schule

Herr Rehwinkel, Schulamt

Frau Szepanski, Berufsfortbildungswerk

Frau Weis, VHS

Frau Wojciechowicz, Universität Bremen

An der Sitzung der AG 2 vom 16.6.2014 haben teilgenommen:

Herr Taube, Schulamt

Frau Greilich, AWO

Frau Szepanski, Berufsfortbildungswerk

Leitung: Frau Morsbach

Frau Greilich und Frau Szepanski möchten weiterhin die Umsetzung des Integrationskonzeptes begleiten.

Frau Weis und Frau Wojciechowicz werden nicht mehr teilnehmen.

von Frau Berg - von Lüdinghausen und Herrn Hahl gibt es keine Rückmeldung.

### **HF 3 - Berufsabschlüsse**

Frau Ansorge, ALin Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik, Gespräch am 15.5.2014

Frau Kaap

AG 3

Frau May-Bouhaddi, ehem. Arbeitsförderungszentrum, jetzt xxx (Moderation)

Frau Böschen, MdBB, wissenschaftspolitische Sprecherin

Herr Müller-Hanssen, Pädagogisches Zentrum

Frau Seebeck, Berufliche Bildung Bremerhaven

Frau Spindler, Bremer Netzwerk Nachqualifizierung, Arbeitnehmerkammer Bremen

Frau Szepanski, Berufsfortbildungswerk

Frau Wojciechowicz, Universität Bremen

Die AG 3 hat nicht getagt.

### **HF 4 – Wirtschaft und Beschäftigung**

Herr Mögenburg, Agentur für Arbeit, Herr Gruhl, GF Jobcenter,  
Gespräch am 30.6.2014

AG 4

Dr. Arne Eppers (Moderation), Universität Oldenburg

Frau Bargmann, Akademie des Handwerks an der Unterweser

Frau Berg-von Lüdinghausen, Förderungsgesellschaft für Bildung mbH

Herr Boll, Jobcenter Bremerhaven

Herr Cerikci, Demokratisches Migrantenforum

Frau Elmaz, Gründungsleitstelle, RKW Bremen

Herr Kerchner, Förderwerk Bremerhaven GmbH

Frau Kohnke, Faden e.V.

Frau Krüger, Stadtteilkonferenz Wulsdorf

Frau Prasse, Berufsfortbildungswerk

Herr Müller-Hanssen, Pädagogisches Zentrum e.V.

Herr Schacher, Sozialamt

Herr Schwarzer, Arbeitnehmerkammer Bremen  
Frau Szepanski, Berufsbildungswerk  
Frau Viehweger, Agentur für Arbeit Bremerhaven

Die AG 4 hat nicht getagt.

## **HF 5 – Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes**

Herr Polansky, Magistratsdirektor, Gespräch am 24.4.2014  
Frau Adomeit, ALin Personalamt, Gespräch am 21.5.2014  
Frau Schröder, Abt.Ltg. Amt 11

AG 5

Moderation: Jens Ditzel, Ortspolizeibehörde  
Moderation: Ute Kohnke, Faden e.V.  
Dr. Corinna Becker, Gesundheitsamt  
Ali Cahit Karakus, AWO Migrationsberatung  
Mira Levinson, Demokratisches Migrantenforum  
Jutta Redlich, VHS  
Sylvia Schröder, Personalamt  
Jörg Zager, Gesamtpersonalrat des Magistrats

An der Sitzung der AG 5 vom 23.6.2014 nahmen teil:

Frau Schröder, Personalamt  
Frau Redlich, VHS  
Frau Dr. Becker, Gesundheitsamt  
Frau Kohnke, Faden e.V.  
Herr Karakus, AWO Migrationsberatung  
Herr Cemal Bulut, AFZ, Jurist als Gast  
Leitung: Frau Morsbach

Abgemeldet waren Frau Levinson und Herr Zager.  
Herr Ditzel hat den Arbeitsbereich gewechselt und wird nicht mehr teilnehmen.

Die Arbeitsgruppe hat sich nun aufgelöst.

## **HF 6 – Teilhabe / Partizipation und Bewusstseinsbildung**

Frau Dr. Röhm, ZFG  
Ali Can, Demokratisches Migrantenforum

AG 6

Frau Dr. Röhm, ZFG, Moderation  
Ali Can, Demokratisches Migrantenforum - Moderation  
Frau Blöchl, Landeszentrale für politische Bildung  
Frau Dawidonis, Stadtteilkonferenz Wulsdorf  
Frau Duncan, Freiwilligenagentur Bremerhaven



Herr Hertrampf, Kulturamt, Kulturladen Wulsdorf  
Frau Levinson, Demokratisches Migrantenforum  
Herr Marinkov, RAM  
Herr Soares, RAM  
Frau Prasse, BFW Berufsbildungswerk  
Frau Szepanski, BFW  
Frau Weyer, Nord-Süd-Forum

Einzelgespräche wurden geführt mit Frau Dr. Röhm, Herrn Can, Herrn Marinkow, Herrn Soares.

Ein Gespräch mit der gesamten AG 6 wurde angeboten, seitens der AG-Moderatorin jedoch für entbehrlich gehalten.

Die AG 6 wird ihre Arbeit fortsetzen und die Umsetzung des Integrationskonzeptes auch weiterhin begleiten.